

# PRESSEDIENST

Nr. 2013/08

Datum: 18.9.2013

Fraktion Freigericht

Achim Kreis

Bonifatiusstr. 21

63579 Freigericht

Bonifatiusstr. 21

63579 Freigericht

Telefon: 06055-880280

Telefax: 06055-909101

kreis@gruene-freigericht.de

www.gruene-freigericht.de

Grüne

## Schutz der Anwohner: in Freigericht ohne Mehrheit

**Freigericht.** In einem Antrag fordern die Grünen in Freigericht, alles dafür zu tun, dass der Mobilfunkmast mitten im Wohngebiet (auf dem sogenannten „Späneturm“) endlich an einen Standort laut Mobilfunkkonzept (also außerhalb der Ortslage) verlagert werde. Dazu sollten Gespräche mit dem Inhaber des Späneturms sowie mit den Mobilfunkbetreibern geführt werden und es sollten die Kosten für die Errichtung eines eigenen Mastes durch die Gemeinde ermittelt werden. In der Presse stand zu lesen, die Gemeinde werde hier möglicherweise neue Wege gehen.

„Fakt ist: CDU und UWG haben eben dieses verhindert. Auch wenn der Landtagskandidat Hugo Klein (CDU) redete wie ein Umweltpolitiker, so ließen CDU und UWG bei der Abstimmung Taten vermissen und lehnten unseren Antrag ab“, erklärt Grünen-Fraktionsvorsitzender Achim Kreis. „Denkbar knapp mit 17 zu 17 Stimmen wurde der Antrag verworfen, womit Abhilfe für die betroffenen Anwohner unwahrscheinlicher geworden ist. Statt dessen beschloss die „Mehrheit“, allein die Kosten für einen Mast zu ermitteln – woraus aber nicht notwendig etwas folgt“, so Kreis weiter.

Das ist insbesondere deshalb bedauerlich, weil „die Mobilfunk-Lobby in Deutschland offenbar so mächtig ist, dass hier die Grenzwerte extrem hoch angesetzt wurden. An keinem Standort in Deutschland werden diese Werte im Wohnbereich auch nur andeutungsweise erreicht. „Dies ist so, als würde man im Ortsbereich eine Höchstgeschwindigkeit von 10.000 km/h vorschreiben.“ sagt Achim Kreis, „Damit könnte jeder, der mit 100km/h durch Orte fährt, von einer „sicheren“ 99%tigen Unterschreitung des Grenzwertes sprechen.“

In China, Russland, Italien und vielen anderen Ländern gelten um den Faktor 100 niedrigere Grenzwerte. Viele Studien belegen aber auch bei diesen geringeren Werten bereits Gesundheitsschädigungen. Aus diesen Gründen empfehlen viele Organisationen, den deutschen Grenzwert mindestens auf ein



10.000tel des derzeit geltenden abzusenken. Dass dies problemlos möglich ist, beweist das in Fragen Mobilfunk sehr fortschrittliche Land Salzburg. Hier gelten seit 2002 Vorsorgewerte, die im Innenbereich um den Faktor 1 Millionen niedriger liegen als die im lobbygetriebenen Deutschland. Seit der Zeit sind dort viele hundert Sendeanlagen unter Berücksichtigung dieser niedrigeren Strahlenbelastung in Betrieb gegangen und erlauben problemlosen Mobilfunkbetrieb.

„Die Folgen der Dauerbestrahlung, vor allem in Gebieten wie in Bernbach, wo die Antennen etwa in Höhe eines Fensters im 1. Stock montiert sind, sind aber eklatant. Die Gesundheitsgefährdung unter den in Bernbach gemessenen hohen Strahlenwerten ist gut erforscht, dennoch muss wegen der wahnsinnig hohen Grenzwerte nichts unternommen werden. Wir meinen aber, dass die Menschen geschützt werden müssen, und fordern daher umgehende Maßnahmen. Wenn die Betreiber nicht von selbst den Standort wechseln (worauf der Bürgermeister hinwirken könnte!) sollte die Gemeinde - als letzte Maßnahme - eben einen eigenen Mast aufstellen und anschließend verpachten“, fordert Gemeindevertreter Holger Marquardt.